

Lodz

Opłata pocztowa uiszczona tytułem
Einzelnnummer 20 Groschen

Volkszeitung

Nr. 269. Die „Lodz Volkszeitung“ erscheint täglich morgens. An den Sonntagen wird die reichhaltig illustrierte Beilage „Volk und Zeit“ beigegeben. **Abonnementspreis:** monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zl. 4.20, wöchentlich Zl. 1.05; Ausland: monatlich Zl. 6.—, jährlich Zl. 72.—. Einzelnnummer 20 Groschen, Sonntags 30 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer 109
Hol, links.
Tel. 36-90. Postfachkonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Erschließungen der Schriftleitung täglich von 1.30 bis 9.30.

Anzeigenpreise: Die siebengefaltete Millimeterzeile 12 Groschen, im Text die dreifache Millimeterzeile 40 Groschen. Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Berechnungen und Anfordigungen im Text für die Druckzeile 50 Groschen; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

Vertreter in den Nachbarstädten zur Entgegennahme von Abonnements und Anzeigen: **Alexandrow:** M. Kösner, Parzejewska 16; **Stalhof:** S. Schwalbe, Stoleczna 43; **Konstantynow:** W. Kozłowski, Al. Wolności 38; **Lodz:** Amalie Richter, Neuhof 606; **Koblanice:** Julius Wolta, Sienkiewicza 8; **Tomaszow:** Richard Wagner, Bahnstraße 68; **Zdanow-Bolo:** Johann Mühl, Szadkowska 21; **Katowice:** Eduard Strona, Konel Klimkiewicza 13; **Zyrardow:** Otto Schmidt, Hielago 20.

Odpis decyzyj.
Nr. dz. pos. gosp. 1360.

Sąd Okręgowy w Łodzi, Wydział Karny, na posiedzeniu gospodarczym w dniu 29 września 1927 r. po rozpoznaniu wniosku Prokuratora o zatwierdzenie zajęcia Nr. 261 czasopisma „Lodz Volkszeitung“ z dnia 23. IX. r. b.

postanowił:

Dopatrując się w artykule pod nagłówkiem „Patrioten und Polizei“ czasopisma „Lodz Volkszeitung“ z dnia 23 września r. b. cech przestępstwa, przewidzianego w art. 1 Rozporządzenia Prezydenta Rzeczypospolitej z dnia 10 maja 1927 r. (Dz. Ust. 45 poz. 399) zajęcie tego numeru czasopisma, zarządzane przez Komisarza Rządu, odnośnie do pierwszej karty zatwierdzić i zakazać rozpowszechniania tej pierwszej karty wspomnianego czasopisma.

Za zgodność Sr Sekretarz
wz. E. Pawłowski.

Die Tagung der Eisenbahner.

Gegen die Bilsubsti-Regierung.

Am letzten Tage des Kongresses der Eisenbahner, der in Warschau stattfand, wurde unter starkem Beifall der Versammelten die Erklärung des Delegierten Kurulowicz angenommen, daß die Tagung die Billigung des Hauptvorstandes zur Regierung Billubsti gutheisse. Der Hauptvorstand hat sich ebenfalls in scharfer Weise gegen die Regierung des Warschalls erklärt.

Minister Dobrucki soll gehen.

Ein General sein Nachfolger?

„A. B. C.“ erfährt aus gut informierten Kreisen, daß mit dem Rücktritt des Unterrichtsministers Dobrucki zu rechnen sei. Dobruckis Stellung sei durch die Brüsterung der Studentenschaft stark erschüttert worden. Der Minister hatte sich bekanntlich geweigert, eine Delegation der Studentenschaft zu empfangen, die Beschwerde gegen die hohen Einschreibgebühren an den Hochschulen führen wollte. Der Minister erklärte der Delegation, sie nur dann empfangen zu können, wenn sie in Begleitung von Professoren kommen würde. Diese Brüsterung der Studentenschaft führte zu einer heftigen Presskampagne gegen den Minister Dobrucki, der klein beigeben und die Studenten ohne die Protesten empfangen mußte. Als sein Nachfolger kommt dem General Rouppert in Frage. Rouppert soll gleich dem Innenminister General Slawoj Stadowski Dr. med. sein. Wenn's bis dahin faul mit dem politischen Schulwesen stand, so soll es nun der General schaffen.

Vor der Festsetzung eines ständigen Telephontarifs.

Die Vertreter der Telephonabonnenten sollen zur Ausarbeitung des ständigen Telephontarifs hinzugezogen werden.

Auf einer Besprechung erklärten Vertreter des Verbandes der Telephonabonnenten in Warschau den Vertretern, daß sie mit der Regierung in Kontakt stehen seien. Minister Medzinski habe sich damit einverstanden erklärt, daß Vertreter der Telephonabonnenten zu der Ausarbeitung des ständigen Telephontarifs hinzugezogen werden. Aus dieser Erklärung des Postministers geht also hervor, daß der gegenwärtige Telephontarif nicht bestehen bleiben, sondern abgeändert werden wird.

Die leidige Anleihefrage.

Zeitweilige Unterbrechung der Verhandlungen. — Die endgültige Antwort der Amerikaner soll heute eintreffen.

Die Verhandlungen über die Anleihe haben in der Nacht zu Freitag bis 2 Uhr morgens gewährt. Um 4.50 Uhr morgens ist die Antwort aus New York auf die Anfrage von Monnet und Fisher eingetroffen, die in einem chiffrierten Telegramm bestand. Der Wortlaut des Telegramms ist nicht bekannt.

Den ganzen gestrigen Tag über wurden die Anleiheverhandlungen in Warschau in demselben Tempo fortgesetzt wie am Vortage. Um 10.15 Uhr wurden die Finanzdelegierten Monnet und Fisher vom Vizeministerpräsidenten Bartel im Präsidium des Ministerrats empfangen. Kurz darauf erschienen auch der Finanzminister Cichowicz sowie die polnischen Anleiheunterhändler Baranski und Dr. Mlynarski. Die Verhandlungen wurden hinter geschlossenen Türen geführt. Gegen 12 Uhr wurde auch der Ministerpräsident Billubsti zu den Verhandlungen hinzugezogen.

Zu einer Einigung ist es jedoch nicht gekommen. Am Nachmittage erklärte der Vizeministerpräsident dem Presskorrespondenten, daß in den Anleiheverhandlungen eine Unterbrechung eingetreten sei, da die amerikanischen Finanzvertreter nochmals bei ihren Auftraggebern um neue Instruktionen nachsuchen werden. Die Antwort der amerikanischen Finanziers wird heute erwartet.

Vizeministerpräsident Bartel erklärte, daß er sich keine falls mit einer Anleihe einverstanden erklären werde, die der internationalen Stellung Polens nicht entsprechen sollte.

Vor einer Erhöhung der Kohlenpreise.

Wie bereits gemeldet, hat sich eine besondere Kommission nach Oberschlesien und dem Kohlenbassin von Dombrowa begeben, um eine Kalkulation der Preise durchzuführen. Dem Krakauer „J. Kur Codz.“ zufolge hat die Kommission die Prüfung der Produktionskosten bereits beendet. Auf Grund dieser Ergebnisse sei mit einer Preiserhöhung von 10 Prozent zu rechnen. Die Kohlenbarone hatten 15 Prozent gefordert.

Der Staatspräsident in Krakau.

Staatspräsident Moscicki ist gestern in Krakau einzutreffen, wo ihm ein ungewöhnlich enthusiastischer Empfang bereitet wurde.

Lodz hatte es nicht so gut.

Zum Besuch des Staatspräsidenten in Krakau. Der Staatspräsident Moscicki ist gestern in Krakau einzutreffen. Anlässlich der Anwesenheit des hohen Würdenträgers hat die erzbischöfliche Kurie die Verpflichtung für die katholische Kirche auf sich genommen, an dem die lieben Krakauer nach Herzenslust Fleisch essen und trinken konnten.

Die Lodzer hatten es seinerzeit, als der Staatspräsident Wojciechowski unsere Stadt an einem Freitag besuchte, nicht so gut. Bischof Tymieniecki hatte es verstanden, daß man es mit dem Josten nicht allzu streng zu nehmen braucht. Und doch hätte eine Dispens unsere Ehre-N. P. R. Stadverwaltung aus einer großen Verlegenheit geholfen. Die Stadtverwaltung hatte für

den Empfang des Staatspräsidenten die auserlesensten Speisen aufgetrieben. Und wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf dann die Nachricht ein, daß der Staatspräsident am Freitag faste. Die Verlegenheit des Empfangskommissars war unbefreiblich. Die letzten Speisen mußten abgeräumt werden und an ihre Stelle traten Fisch und Hering. Manah ein Stadtvoater war darüber sehr enttäuscht.

Bildung eines Arbeitsschutzrates.

Im Dziennik Ustaw N. P. Nr. 83 vom 27. September Pol. 740 ist eine Verordnung des Staatspräsidenten enthalten, in welcher er auf Grund des Art. 44 der Staatsverfassung und auf Grund des Gesetzes vom 2. August 1926 einen Arbeitsschutzrat ins Leben ruft. Dieser Arbeitsschutzrat ist dem Ministerium der Arbeit zugeteilt und wird darüber wachen, daß alle Gesetze und Verordnungen betreffend die Einhaltung des Achtstundentages und der Nacharbeit für Jugendliche eingehalten werden. Nach Artikel 1 dieser Verordnung wird dieser Rat folgendes umfassen: In erster Linie sich mit den Arbeitsschutzgesetzen befassen, dann mit den Fragen der Arbeiterereinstellungen, der Entlassungen, der Urlaubsfragen, der Arbeitszeit, der Arbeit Minderjähriger, der Frauen, der Versicherung und der Sicherheit bei der Arbeitsausführung, den sanitären Zuständen bei der Arbeit, der Schiedsgerichtsbarkeit und der Arbeitsinspektion. Dieser Arbeitsschutzrat wird sich nach dieser Verordnung aus 45 Mitgliedern zusammensetzen, die sämtlich vom Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge berufen werden sollen. Die einzelnen Mitgliedergruppen werden vertreten sein: In einer Anzahl von je 15 Personen aus den Fachverbänden der Arbeiterschaft, aus den Kreisen der Industriellen und die restliche Gruppe von 15 Mitgliedern nach eigenem Ermessen des Ministers für Arbeit und sozialer Fürsorge. Die Mitglieder des Rates erfüllen den Dienst im Rate ehrenamtlich, doch werden den außerhalb der Hauptstadt wohnenden Mitgliedern die Reisekosten und Diäten ausbezahlt wie für Staatsbeamten des VI. Dienstgrades erhalten. Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung, also mit dem obengenannten Tage in Kraft. (R)

Französischer Ministerrat.

Die Frage der französisch-russischen Verhandlungen war Gegenstand der Beratungen.

Rambouillet, 30. Sept. (Pat). Heute fand eine Sitzung des Ministerrats statt, auf der Briand über die Genfer Beratungen Bericht erstattete, während Minister Bokanowski den Ministerrat über den Stand der französisch-amerikanischen Zollverhandlungen unterrichtete. Außerdem besuchte sich der Ministerrat u. a. auch mit den mit der Slawojregierung geführten Verhandlungen über die Rückzahlung der Volkriegsschulden. In dieser Frage wurde jedoch kein Komunique erlassen.

Kommunistische Aufstandsbewegung in China.

Eine neue kommunistische Bauernregierung in Swatau.

London, 30. Sept. (AIG). In Swatau hat sich eine kommunistische Bauernregierung gebildet. Diese Bewegung ist gleichartig gegen Hankau und Nanking gerichtet. Nach der Eroberung Tschekin und Kuan Ning wurde eine Abteilung von 25 tausend Soldaten geschickt, um die Aufstandsbewegung der Bauern aufzuhalten. In Schanghai gehen Gerüchte um, daß die Bauernverbände über eine Macht von gegen 40 tausend Mann verfügen, die auf Kanton marschieren. Die Disziplin der nationalistischen Truppen läßt viel zu wünschen übrig, da sie schon längere Zeit kein Geld erhalten haben.

